

## Protokoll

der öffentlichen Sitzung Nr. 39/11-15 des Beirates Neustadt  
am Donnerstag, den 24. April 2014,

in der Mensa der Oberschule am Leibnizplatz, Schulstraße 24, 28199 Bremen

Beginn der Sitzung: 19.30 Uhr

Ende der Sitzung: 21.40 Uhr

### Anwesend:

Irmgard Apke  
Torsten Dähn  
Irmtraud Konrad  
Susanne Martens  
Sabine Metschies  
Ingo Mose

Janne Müller  
Rainer Müller  
Jens Oppermann  
Cornelia Rohbeck  
Hans F. Vogel  
Vanessa Werschky

### An der Teilnahme verhindert:

Ulrike Heuer (e)  
Tarkan Koc  
Anke Maurer (e)

Anna Möller (e)  
Florian Prübusch (e)

**Referent\_innen:** zu Top 3: Hr. König (Senator für Umwelt, Bau und Verkehr (SUBV), Ref. 64), Hr. Bojazian, Hr. Paul, Hr. Schulze-Smidt (alle Fa. Justus Grosse), Hr. Hilmes (Architekt, Planungsbüro Hilmes und Lamprecht); zu Top 4: Hr. Koldehofe (SUBV, Ref. 32), Hr. Suckau, Fr. Ellerhausen (beide Bremischer Deichverband am linken Weserufer)

**Weiter anwesend:** Vertreter\_innen der Presse sowie zahlreiche interessierte Bürger/-innen

**Vorsitz:** Annemarie Czichon

**Protokoll:** Michael Radolla (beide Ortsamt Neustadt/Woltmershausen)

### TOP 1 – Genehmigung der Tagesordnung

Angesichts der vollen Tagesordnung wird vorgeschlagen, den TOP 7 (Protokollgenehmigungen) zu vertagen.

**Beschluss:** Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung genehmigt.

### TOP 2 – Aktuelle Stadtteilangelegenheiten einschließlich

#### • Bürger/-innenanträge, Fragen und Wünsche

Ein Sprecher des Besetzer\_innen des Jugendfreizeitheims (JFH) Buntentor berichtet, dass die Besetzung nach wie vor andauere, sich die Jugendlichen im Hinblick auf ihre Ziele aber inzwischen auf einem guten Weg sähen. Man pflege den nachbarschaftlichen Kontakt und sei stets offen für Fragen und Wünsche. Die bisherigen Angebote wie Hausaufgabenhilfe, Zubereiten von regelmäßigen Mahlzeiten, Betreuung jüngerer Mitbesetzer würden weiterhin aufrecht erhalten.

Eine Anwohnerin des Fellendsweges bittet darum, für die geplante Beiratsbefassung zur Bebauung des Friedhofserweiterungsgeländes am 22.05.2014 den Bausenator und/oder die Senatsbaudirektorin einzuladen. Dazu teilt die Vorsitzende mit, dass sich das Ortsamt bereits um eine Absprache mit der Senatsbaudirektorin bemüht habe.

Ein Bürger beklagt die aus seiner Sicht aktuell zu geringe Polizeipräsenz am Werdersee. Im vergangenen Winter hätten insbesondere die Teilnehmer von Kohlfahrten viel Dreck und Abfall hinterlassen. Darüber hinaus sei unlängst die neue DLRG-Anlage mit Graffiti besprüht und inzwischen auch bei einem Einbruch (Schadenshöhe ca. 10.000 €) stark beschädigt worden. Er bitte daher den Beirat, sich ihm Rahmen seiner Möglichkeiten für deutlich mehr Polizeipräsenz am Werdersee einzusetzen.

Ein weiterer Bürger ergänzt, dass es aus seiner Sicht am Werdersee viel zu wenige Müllgefäße gebe. Dazu erinnert die Vorsitzende an die zahlreichen diesbezüglichen Diskussionen am Runden Tisch Werdersee und daran, dass die Fachleute für die Müllentsorgung das Aufstellen weiterer Müllgefäße eher als kontraproduktiv anse-

hen. Es werde angenommen, dass mehr Gefäße letztlich zu einem höheren Müllaufkommen führen würden (u.a. zusätzliche Entsorgung von Hausmüll).

Eine Bürgerin bittet den Beirat um nachhaltige Unterstützung folgender Einrichtungen und Projekte, die aus ihrer Sicht unverzichtbar für den sozialen Zusammenhalt und die kulturelle Vielfalt im Stadtteil sind:

- Erhalt des Freizi Buntentor (→ Unterstützung der derzeitigen Anstrengungen der Jugendlichen)
- Deichschartkiosk (→ derzeit kein fließend Wasser und keine Toilette vorhanden)
- Kultureinrichtungshaus DETE (→ Einrichtung durch auslaufenden Mietvertrag im Bestand gefährdet)
- **Bericht des Beiratssprechers ./.**
- **Berichte des Amtes ./.**

### **TOP 3 – Bauanträge zur Bebauung Buntentorsteinweg 171 (REWE-Gelände)**

Der Vertreter des Baurechts stellt einleitend erneut die Grundzüge der Planung und den aktuellen Verfahrensstand dar (siehe dazu auch Beiratsprotokolle vom 20.02. und 20.03.2014).

Der Beiratssprecher erläutert, dass dieses Vorhaben auch aus Sicht des Beirats eine große Bedeutung für den Stadtteil hat, und weist damit die von ihm mehrfach wahrgenommene Vermutung, der Beirat nehme die Anliegen von Anwohner\_innen und anderen Bürger\_innen nicht ernst, zurück. Viele Beiratsmitglieder und auch er persönlich hätten vielmehr in zahlreichen Gesprächen versucht, zu einer möglichst guten Lösung beizutragen.

Anschließend werden aus dem Beirat und Publikum folgende Fragen an den Vertreter der Stadtplanung und der Investoren gestellt:

- a) Wie sind die geplanten Spielflächen hinter dem „Riegelbau“ und auf der Dachfläche des Wohn- und Geschäftshauses für die Öffentlichkeit erreichbar?

Antwort Fa. Justus Grosse (JG): Beide Flächen werden über Seiteneingänge zugänglich sein, die Dachfläche zudem barrierefrei über eine Fahrstuhlanlage. Eine entsprechende Wegweisung im Umfeld des Gebäudes müsse noch zusätzlich vorgesehen werden.

- b) Warum wird bei der Verkaufsfläche des Marktneubaus (rund 1.500 m<sup>2</sup> + Kassenzone + Backshop + Eingangsbereich + Frischetheke) von den Festsetzungen des Bebauungsplans (maximal zulässig 1.200 m<sup>2</sup>) abgewichen?

Stadtplanung: Die Bebauungsplanfestsetzung, dass größere Einzelhandelsbetriebe nur ausnahmsweise zulässig sind, zielte auf weitere Betriebe zusätzlich zum bereits bei der Planerstellung des Bebauungsplanes 2018 (B-Plan) vorhandenen Lebensmittelmarkt ab. Bei dem beantragten Vorhaben handelt es sich im Wesentlichen um den Wiederaufbau und die Fortentwicklung des bestehenden Lebensmittelsupermarktes ohne neue Geschäfte. Weitere Geschäfte wären laut Bebauungsplan unter anderem in dem Bereich des zusätzlichen Riegelbaues möglich, der aber nunmehr vollständig mit Wohnungen beantragt wird. Daher kann für den REWE-Markt ausnahmsweise von den Größenbeschränkungen abgewichen werden.

- c) Wie stellt sich das Verhältnis Parkflächen zu Baumneupflanzungen dar?

Stadtplanung: Der B-Plan sieht mehr Bäume vor als sonst üblich: Für je 4 (statt 6) Stellplätze werde ein Baum neu gepflanzt. Auch für die im B-Plan geschützte alte Weide, die bereits vor Jahren gefällt werden musste, ist nun ein Ausgleich vorgesehen. Insofern entsprechen die vorgesehene Planung den Anforderungen.

- d) Wie können Lärmbelästigungen der Anwohner durch Lieferverkehre allgemein und rückwärts einparkende LKW (akustisches Signal) im Besonderen vermieden werden?

JG: Aufgrund der in den vergangenen Monaten geäußerten Wünsche der Anwohner\_innen sei nun eine doppelt so lange Einhausung der Anlieferzone geplant, die gleichzeitig zwei der zukünftig für die Belieferung vorgesehenen kleineren LKW (3,5 t) aufnehmen könne. Damit werde die Geräuschbelastung deutlich verringert. Auf die aus gutem Grunde vorgeschriebenen akustischen Signale beim Rückwärtsfahren könne man jedoch keinen Einfluß nehmen.

- e) Wieviele der geplanten Mietwohnungen entsprechen den Vorgaben des sozialen Wohnungbaus?

JG: Eine diesbezügliche Verpflichtung gibt es für dieses Bauprojekt nicht, dennoch seien einzelne Wohnungen mit Mietpreisen von ca. 8 €/m<sup>2</sup> geplant; genaue Zahlen stünden derzeit aber nicht fest.

Nach der Beantwortung des vorgenannten Fragenkatalogs und weiterer Erörterung erklärt die Vorsitzende, dass zwei Anträge aus dem Beirat vorliegen: Ein SPD-Antrag sowie ein Antrag der Fraktion Die Linke, der jedoch wegen Abwesenheit der Fraktion heute nicht persönlich vorgestellt werden könne. Außerdem sei über die beiden vorlie-

genden Bauanträge (Wohn- und Geschäftshaus und weiteres Wohngebäude „Riegelbau“) abzustimmen, dazu sei getrennte Abstimmung beantragt.

Sodann stellt der stellvertretende Beiratssprecher den Antrag der SPD vor und erläutert, dass er die ursprünglich vorgesehenen Passagen hinsichtlich der Einhausung der Anlieferzone sowie der Größe der Verkaufsfläche aufgrund der vorangegangenen Diskussion zurückziehe.

Daraufhin fasst der Beirat einstimmig (mit 12 Ja-Stimmen) folgenden

**Beschluss:** Der Beirat Neustadt hat zu den beiden Bauanträgen auf dem „REWE-Gelände“ am Buntentorsteinweg hinsichtlich folgender Punkte Bedenken und bittet um Prüfung bzw. um Berücksichtigung:

- Prüfung weiterer baulicher Reduzierung des „Riegels“ vor den grünen Häusern,
- Prüfung Rückbau des „Erkers“ am Hauptgebäude (analog zu bereits erfolgter Rücknahme an anderer Stelle),
- Gewährleistung sicherer und praktikabler Zuwegung zur Spielplatzfläche Innenhof,
- Die Spielfläche zwischen westlicher Riegelbebauung und den angrenzenden Grundstücken der Gellertstraße liegt absolut ungünstig für Kinder, zu nahe an den Wohnungen (Lärmkonflikte) und zu viel Schatten,
- geeignete Form der Entsiegelung der Parkplatzflächen (Starkregen),
- wenn möglich Erhöhung Anteil Bäume auf dem Areal,
- fehlendes Verkehrskonzept/Gefahren und Belästigungen durch zusätzliche Verkehre,
- zu wenig Freiflächen auf dem gesamten Grundstück

Im Anschluß erfolgt die Abstimmung über den Antrag der Fraktion Die Linke (siehe Anlage).

**Beschluss:** Der Beirat lehnt den Antrag ab (mehrheitlich, 0 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 9 Enthaltungen).

Abschließend folgen die Abstimmungen über die beiden Bauanträge:

1. Wohn - und Geschäftshaus (Az. D3687BG2013):

Für den Antrag stimmen 3 Beiratsmitglieder, 6 Beiratsmitglieder dagegen und 3 Beiratsmitglieder enthalten sich.

**Beschluss:** Der Beirat lehnt den Bauantrag ab. (mehrheitlich)

2. Mehrfamilienhaus („Riegelbau“) (Az. D3688BG2013):

Für die Bewilligung dieses Antrags stimmt ein Beiratsmitglied, 9 dagegen, bei zwei Enthaltungen.

**Beschluss:** Der Beirat lehnt den Bauantrag ab. (mehrheitlich)

#### **TOP 4 – Deichschutz in der Neustadt (Umsetzung des Generalplans Küstenschutz)**

Die Vertreter von SUBV und Deichverband erläutern, dass der Generalplan Küstenschutz in seinen Planungen von einem Meeresspiegelanstieg um rund 50 cm in den kommenden 100 Jahren ausgehe. Danach seien etwa 90% der Einwohner Bremens (103.000 Betroffene Links der Weser) künftig durch Überflutungen akut gefährdet. Daraus resultiere eine Notwendigkeit, knapp 65% der Deiche im Bremer Stadtgebiet bis 2025 (alle Erddeiche bereits bis 2017/18) um rund einen Meter zu erhöhen.

Im Bereich der Stadtstrecke (Projektträger für diesen Bereich ist der Deichverband) würden im Hinblick darauf zwar stellenweise nur einige Zentimeter zur notwendigen Deichhöhe fehlen, teilweise sei der Deich sogar jetzt schon hoch genug, der Querschnitt weiche aber auf ganzer Länge erheblich von den anerkannten Regeln des Deichbaus ab. Die Kalkulationen und Statiken müssten zudem darauf ausgerichtet sein, dass sie einer weiteren Erhöhung um 75 cm in fernerer Zukunft bereits heute genügen. Bereits jetzt werde zudem deutlich, dass im Stadtstreckenverlauf praktisch kein Erddeich hergestellt werden könne, da der Platz für den dafür erforderlichen Neigungswinkel aufgrund der vorhandenen Bebauung nicht ausreiche. Auch eine Verlegung in den jetzigen Wasserlauf hinein komme nicht in Frage, da die Kleine Weser in vollständiger Breite für den Hochwasserablauf Bremens zur Verfügung stehen müsse. Eine Verengung dieses Wasserlaufs komme daher nicht in Frage.

In der Machbarkeitsstudie, die im Mai in Auftrag gegeben werden solle, seien die Gutachter aufgefordert, vielfältige fachliche Aspekte zu berücksichtigen, z.B. die technischen ebenso wie die städtebaulichen. Damit sollen möglichst frühzeitig verschiedene Varianten im Hinblick auf ihre mögliche Umsetzbarkeit untersucht werden.

Vorarbeiten dazu (u.a. Vermessungen und Suchbohrungen) würden im Deichverlauf bereits in Kürze stattfinden.

Die Referenten erklären abschließend, dass Beirat und Öffentlichkeit im weiteren Verlauf der Planungen immer wieder informiert werden. Dabei müsse aber immer klar sein, dass der Deich- und Küstenschutz oberste Priorität habe und die sich daraus ergebenden Anforderungen zu erfüllen seien.

Anschließend wird aus dem Publikum nach der Zukunft der Platanen im Straßenzug Am Deich gefragt. Die Referenten erklären, Untersuchungen zur Standsicherheit hätten ergeben, dass diese nach den neu geltenden Bemessungswasserständen grundsätzlich nicht ausreichend sei. Da die Wurzeln der Bäume jedoch von der Deichkronen bis hinunter zum Wasser reichten, würden sie damit gleichzeitig eine wichtige Stabilisierungsfunktion für den Deichaufbau erfüllen. Man habe sich daraufhin entschlossen, vorerst über Kroneneinkürzungen das jeweilige Baumvolumen um rund 50% einzukürzen, um eine Entwurzelung (hätte ein Aufbrechen der Deichoberfläche zur Folge) der Bäume bei Starkwind zu vermeiden. Der weitere Umgang mit dem Bäumen würde nach Vorliegen der Ergebnisse der Machbarkeitsstudie diskutiert.

Der Beirat nimmt die Ausführungen zur Kenntnis, die aus Zeitgründen entfallenen detaillierteren Ausführungen zur Planung der Stadtstrecke (→ Fr. Ellerhausen) sollen in Kürze nachgeholt werden.

#### **TOP 5 – Globalmittel-Reservierung für Schwerpunkt „Belebung öffentlicher Plätze und Räume“**

Der Sprecher des Fachausschusses Soziales und Bildung berichtet von dem Konzept, das der Beirat mit der Unterstützung durch externe Fachleute erstellt habe und das in der FA-Sitzung am 02.04.2014<sup>1</sup> ausführlich vorgestellt worden sei. Für die Durchführung des Konzeptes (u.a. für die Aufstellung eines 2. Neustädter Bücherschranks am Gottfried-Menken-Markt) würden nun insgesamt 21.000 € aus den Globalmitteln des Beirates benötigt, wofür sich der FA bereits einstimmig ausgesprochen habe.

**Beschluss:** Der Beirat stimmt einer Reservierung von Mitteln in einer Höhe von 21.000,00 € für das Gesamtprojekt „Belebung öffentlicher Plätze und Räume in der Neustadt“ zu. (einstimmig)

#### **TOP 6 – Stellungnahmen zu**

- **VEP und LKW-Führungsnetz**

**Beschluss:**

**A. Der Beirat nimmt zu den Fragen zum VEP wie folgt Stellung:**

**1. Welche Maßnahmen aus dem Gutachtervorschlag sind aus Ihrer Sicht besonders wichtig?**

Der Beirat Neustadt begrüßt insbesondere folgende im Zielszenario vorgesehenen Maßnahmen:

- Mehr Querungsstellen für Fußgänger\_innen
- Einrichtung von mehr Fahrradstraßen
- Ausbau der Radwege auf der Wilhelm-Kaisen-Brücke
- Umnutzung von Wester-/Osterstraße mit Schaffung von Querungshilfen

Die vorgeschlagene Umgestaltung der Friedrich-Ebert-Straße unterstützt der Beirat ebenfalls, hält jedoch bereits VOR der Vollendung der A281 nicht nur eine Herausnahme aus dem LKW-Führungsnetz für geboten, sondern sieht bereits jetzt den Bedarf für eine Umgestaltung als gegeben.

**2. Welche Maßnahmen aus dem Gutachtervorschlag unterstützen Sie nicht? ./.**

**3. Welche der nicht für die Aufnahme in das Zielszenario vorgeschlagenen Maßnahmen unterstützen Sie dennoch?**

- Der Beirat Neustadt verweist zunächst auf seinen gemeinsamen Beschluss mit dem Beirat Woltmershausen vom 24.02.2014 zum Neustadtbahnhof, in dem eine zusätzliche Verbindung der beiden Stadtteile in Form eines Tunnels in Verlängerung der Großen Sortillienstraße gefordert wird. Dieser Tunnel (siehe beiliegende Skizze) soll zunächst als Rad- und Fußwegeverbindung geschaffen werden, ein späterer Ausbau als KFZ-Route wäre zu prüfen. Diese Verbindung würde den Bahnhof Neustadt auch von der Woltmershauser Seite her erschließen und zugleich die Möglichkeit eröffnen, durch den Bau eines Aufzuges den Bahnhof barrierefrei zu gestalten. Außerdem würde so eine wichtige zusätzliche Radwegeverbindung in den Hohentorshafen und nach Woltmershausen hinein geschaffen. Diese Wegebeziehung kann Teil des Weser-Radweges sein und sowohl für Alltags- als auch touristische Routen genutzt werden.  
Die unter D12 abgelehnte vom Beirat ursprünglich vorgeschlagene Verlängerung des Bahnhofstunnels wird insoweit modifiziert, in der neu vorgeschlagenen Form jedoch weiterhin unterstützt.
- Sowohl der vom Beirat geforderte Rückbau der Neuenlander Straße als auch die Umgestaltung (einschließlich Ummarkierungen) der Friedrich-Ebert-Straße sind unter Bezug auf den zunächst fer-

<sup>1</sup> → <http://www.ortsamt-woltmershausen.bremen.de/sixcms/media.php/13/22-11-15%20vom%2002.pdf>

tig zu stellenden Ringschluss der A281 zurück gestellt worden.

Der Beirat ist nach wie vor der Auffassung, dass bereits jetzt – mit vergleichsweise einfachen Mitteln wie z.B. Ummarkierungen – Verbesserungen sowohl für die Radfahrer\_innen und Fußgänger\_innen als auch der Wohnqualität an den beiden genannten Straßenzügen möglich sind und auch möglichst zeitnah umgesetzt werden sollten.

**B. Der Beirat weist darüber hinaus auf folgende Punkte aus seiner Stellungnahme vom 09.04.13 hin, die seines Erachtens noch nicht hinreichend berücksichtigt worden sind:**

- Rückbau der Neuenlander Straße zu einer zweispurigen Stadtstraße/Allee.
- Verlegung der Streckenführung der VBN-Busse von der Gastfeld-/Pappelstraße in die Neuenlander Straße
- Wenn – wie unter K1 vorgeschlagen – eine generelle Einführung von Tempo 30 im Hauptstraßennetz abgelehnt wird, ist zumindest für einzelne Straßen, wie z.B. die Gastfeldstraße Tempo 30 vorzusehen.

**C. Zum LKW-Führungsnetz:**

Der Beirat bestätigt seine Forderung nach Herausnahme der Friedrich-Ebert-Straße aus dem LKW-Führungsnetz.

(einstimmig)

• **Lärmaktionsplan**

**Beschluss:**

Der Beirat sieht sich in seiner Einschätzung der Situation vor Ort durch die im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangenen Stellungnahmen von Bürger\_innen bestätigt und erneuert sein Votum zur Einführung von Tempo 30-Regelungen entsprechend seiner Stellungnahme vom 20.06.2013:

*„Ganztags (24 Stunden) in folgenden Bereichen:*

1. *Am Hohentorsplatz, Woltmershauser Straße, Friesenwerder*
2. *Große Sortillienstraße, Friesenwerder, Hohentorstraße*
3. *Westerstraße, Hohentorstraße, Bürgermeister-Smidt-Straße*
4. *Westerstraße, Bürgermeister-Smidt-Straße, Am Neuen Markt*
5. *Bürgermeister-Smidt-Straße, Westerstraße, Bürgermeister-Smidt-Brücke*
6. *Gastfeldstraße, Friedrich-Ebert-Straße, Kirchweg*
7. *Friedrich-Ebert-Straße, Neuenlander Straße, Buntentorsteinweg,*
8. *Friedrich-Ebert-Straße, Buntentorsteinweg, Am Deich*
9. *Wilhelm-Kaisen-Brücke, Am Deich, Martinistraße*

*sowie nachts:*

1. *Carl-Francke-Straße, Warturmer Heerstraße, Hohentorsheerstraße,*
2. *Kornstraße, Friedrich-Ebert-Straße, Niedersachsendamm“*

Darüber hinaus verweist er auf seine parallel abgegebenen Stellungnahmen zum VEP, dem LKW-Führungsnetz, dem FNP und dem LaPro, die jeweils auch den Wunsch nach mehr Lärmschutz für die Bürgerinnen und Bürger nicht nur in der Neustadt beinhalten.

Außerdem bittet der Beirat um Prüfung, durch welche Maßnahmen Anwohner\_innen im Umfeld von Verbraucher-Märkten künftig besser vor den aus den Lieferverkehren resultierenden Lärmbelästigungen geschützt werden können.

(einstimmig)

• **Flächennutzungsplan und Landschaftsprogramm**

Eine Beschlussfassung hierzu wird einvernehmlich vertagt.

**TOP 7 – Verschiedenes ./.**

Ingo Mose  
Beiratssprecher

Annemarie Czichon  
Sitzungsleitung

Michael Radolla  
Protokollführung